

dens- und Menschenrechtsgruppen sind für Staat und Partei schon seit geraumer Zeit ein Stein des Anstoßes. Offenbar richtete sich die Aktion in der Zionsgemeinde auch weniger gegen die (kirchliche) Umweltbibliothek und die in ihr hergestellten „Umweltblätter“ als gegen die von der (unabhängigen) „Initiative Frieden und Menschenrechte“ herausgegebene Zeitschrift „Grenzfall“: Die staatlichen Stellen vermuteten, sie werde in der Umweltbibliothek vervielfältigt.

Mit den kritischen Gruppen tut sich auch die DDR-Kirche nicht leicht, wie sich zuletzt an den Auseinandersetzungen um den „Kirchentag von unten“ während des Ostberliner Kirchentags zeigte. Sie kann sich nicht einfach das durch das Warnsignal von Berlin unterstrichene Verlangen des Staates zu eigen machen, sich von solchen Gruppen zu distanzieren bzw. sie zu disziplinieren. Andererseits kann es nicht in ihrem Interesse liegen, die eingeschränkten, aber – verglichen mit anderen Ostblockländern – doch beträchtlichen Arbeits- und Gesprächsmöglichkeiten durch zu viel Schützenhilfe für unabhängige Gruppen zu gefährden. Welche Rolle die Kirche als „nicht integrierte“ Institution und damit auch als ein Stück Gegenöffentlichkeit weiter spielen wird, hängt vor allem vom Fortgang des Umgestaltungsprozesses in der Sowjetunion und seinen Auswirkungen auf die DDR ab. ru

## Später Sieg?

*Die „natürliche“ Empfängnisregelung und ihre unterschiedlichen Begründungszusammenhänge*

Es mutet auf den ersten Blick wie ein später Sieg von „*Humanae vitae*“ an zu sehen, auf welches Interesse heute in kirchlichen und in kirchlich nicht gebundenen Kreisen die sogenannte Natürliche Familienplanung (NFP) stößt. Nicht nur Johannes Paul II. oder Mutter Teresa sprechen sich für sie aus, sondern auch eine das Thema

Empfängnisverhütung engagiert begleitende Frauenzeitschrift kommt zum Ergebnis: „Natürliche Verhütung – besser als ihr Ruf“ (Brigitte, Heft 2/1987).

Was zunächst nur aussah wie eine Empfängnisverhütung für Katholiken, ist offensichtlich dabei, sich für viele (Ehe-)Paare mit oder ohne religiöse Bindung zu einer tatsächlichen Alternative zu anderen Methoden zu mausern, vor allem zur „Pille“ – was in erster Linie heißt, daß sie eine vergleichbare „Sicherheit“ bietet. Zugleich werden nicht nur in Teilen der Dritten Welt, sondern auch in Diözesen der Bundesrepublik kirchliche Bemühungen intensiviert, der NFP eine breitere Akzeptanz zu verschaffen.

Die kirchliche Auffassung in der Frage der Empfängnisregelung geht im Kern von der *Einheit der sexuellen Vereinigung* (der Ehepartner) und der *Bereitschaft zur Zeugung* aus. Wo eines der beiden Elemente auf „künstlichem“ Wege umgangen wird – Aussetzung der Zeugungsbereitschaft siehe „*Humanae vitae*“, Umgehung der sexuellen Vereinigung siehe die Instruktion der Glaubenskongregation „Über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung“ vom März 1987 – sieht die Kirche die Integrität (Ganzheit) dieses Vorgangs gefährdet. Den bewußten Ausschluß der Möglichkeit zur Zeugung im Rahmen einer verantworteten Elternschaft hält man nur dann für erlaubt, wenn dazu die zyklisch empfängnisfreien Zeiten genutzt werden: Zu diesem Zugeständnis hält man sich berechtigt, weil gewissermaßen die Natur selbst dazu die Möglichkeit eröffnet. Kritisiert wird an dieser Auffassung bis heute, daß eigentlich nicht einsichtig ist, warum ein „künstlicher“ Eingriff so qualitativ verschieden von der „natürlichen“ Methode und damit untersagt sein soll, wo doch die damit verfolgte Absicht, nämlich die zeitweilige Verhinderung einer Empfängnis, die gleiche ist.

Außerdem ist die sogenannte „natürliche“ Methode mit ihren komplizierten täglichen Messungen der Körpertemperatur und der Beobachtung ver-

schiedener weiterer Symptome am weiblichen Körper durchaus nicht so beschaffen, daß sie spontan als „nicht künstlich“ einleuchten würde – ganz abgesehen davon, daß die Anwendung dieser Methode ein erhebliches Maß an Selbstdisziplin und Körpergefühl verlangt sowie einen Lebensstil, der Unregelmäßigkeiten aller Art möglichst weitgehend auszuschalten sucht.

Wenn in den letzten Jahren die „natürliche“ Familienplanung sich einer wachsenden Beliebtheit erfreut, so darf man hieraus nicht schließen, dem liege dasselbe Motiv zugrunde, mit dem auch die katholische Kirche zu ihrer positiven Haltung dieser Methode gegenüber kommt: Die Bezeichnung „natürlich“ bei der NFP besagt nicht, daß man hierbei die biologisch vorgegebene „natürliche“ Ordnung als irgendwie *normativ* ansieht und künstliche Eingriffe demnach für unerlaubt hält. Die zunehmende Beliebtheit der NFP ist Reflex von Erfahrungen, die Frauen mit anderen Methoden gemacht haben. So „funktioniert“ NFP z. B. nur, wenn *beide* Partner dies wollen. Frauen weigern sich z. T., das mit einem hormonell wirkenden Mittel verbundene Risiko wie selbstverständlich allein auf sich zu nehmen, ohne daß eine Bereitschaft auf seiten des männlichen Sexualpartners erkennbar ist, diese Verantwortung irgendwie mitzutragen.

Das andere Hauptmotiv ist Teil jenes Umdenkungsprozesses im Umgang mit pharmazeutischen Produkten, vor allem Medikamenten, überhaupt: Der Optimismus, mit „künstlichen“ Mitteln Körperfunktionen nach Belieben manipulieren zu können, hat seinen Höhepunkt überschritten. In verschiedensten medizinischen Bereichen bemüht man sich, die natürlichen Anlagen des Körpers zu den gewünschten Zwecken stärker zu nutzen und damit auf pharmazeutische und andere Eingriffe, so weit wie dies vertretbar und möglich ist, zu verzichten. Eine einseitige kirchliche Favorisierung der natürlichen Familienplanung auf der Basis der traditionellen kirchlichen Haltung zu empfängnisregelnden Methoden wird der Motiva-

tionsstruktur derjenigen Frauen und Männer, die diese Methode heute wählen, nicht gerecht. Das zunehmende Interesse an der „natürlichen“ Familienplanung bringt die Kirche nicht aus den Problemen heraus, die ihr mit der einmal gewählten Begründung für die Ablehnung künstlicher Methoden zugewachsen sind. *nt*

## Verlegenheit

### *Sollen die Orden den Heiligen Stuhl mitfinanzieren?*

In der zweiten Novemberhälfte gingen Meldungen durch die Presse, die Ordensleitungen in Rom seien vom Heiligen Stuhl aufgefordert worden, zum Abbau des in den letzten Jahren sich ständig vergrößernden Defizits im vatikanischen Haushalt einen Beitrag zu leisten. Nachfragen ergaben, daß sich die Meldungen auf eine im Juli den Ordensleitungen übermittelte „Information“ bezogen, die, versehen mit einem Begleitschreiben von Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli*, inhaltlich identisch war mit einem Schreiben, das im Frühjahr den Diözesen resp. Bischöfen zugeleitet worden war. Jenes Schreiben, unterzeichnet von 10 der 15 Mitglieder der von Johannes Paul II. zur Prüfung der Finanzsituation des Vatikans eingesetzten Kardinalskommission, war ein *Appell an die Diözesen*, dem Vatikan finanziell mit eigenen, über den Peterspfennig hinausgehenden Beiträgen unter die Arme zu greifen. Sowohl im Schreiben an die Diözesen wie in der Mitteilung an die Ordensleitungen, in der über die Haushaltsabrechnung 1985 informiert wurde, wurde nicht um eine einmalige Finanzspritze, sondern um einen „eigenständig bestimmten“ und „fortgesetzten“ Beitrag gebeten. So wurde es auch in ersten Gesprächen des Präsidenten der Wirtschaftspräfektur des Heiligen Stuhls, Kardinal *Giuseppe Caprio*, mit den Ökonomen der verschiedenen Ordensgemeinschaften verstanden.

Niemand wird sich wundern, daß sich

der Heilige Stuhl in seiner aktuellen Haushaltssituation – für 1987 wurde ein Defizit von 107 Millionen DM errechnet –, die sich durch den Kursverfall des Dollars noch beträchtlich verschlechtern dürfte, an die Ortskirchen um Hilfe wendet. Es ist Ehrensache der Ortskirchen – nicht nur der einzelnen Gläubigen über den Peterspfennig –, zur Funktionsfähigkeit der zentralkirchlichen Verwaltungsstellen beizutragen. Wenn der Hinweis des jüngst verstorbenen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Josef Höffner*, einigermaßen zutrifft, daß das Haushaltsvolumen des Heiligen Stuhls mit seinen Verwaltungsstellen nur ein Drittel des Haushaltsvolumens der Erzdiözese Köln ausmache, müßte es den Ortskirchen in den reichen Industrieländern (Mitteleuropas und Nordamerikas) auch so schwer nicht fallen, die nötigen Mittel zur Deckung allfälliger Defizite – sparsame Haushaltsführung und Offenlegung der Ausgaben- und Einnahmenseite vorausgesetzt – aufzubringen, ohne daß die ärmeren und ganz armen Länder damit belastet werden müssen.

Daß sich der Heilige Stuhl aber so kurze Zeit, nachdem er seine Bitte den Ortskirchen unterbreitet hat, sich auch noch an die Orden wendet, erstaunt doch einigermaßen. Man möchte nicht recht glauben, daß die größer gewordenen Finanzierungslücken und ein zu bescheidenes Echo aus den Ortskirchen den Schritt erzwang. Dazu ist auch die Zeitspanne noch zu kurz. Aber davon abgesehen: sind die Orden die richtige Adresse für einen solchen Hilferuf? Zwar ist das Argument nicht zu widerlegen, daß Orden heute über beträchtliche Kapitalbildungen verfügen, verfügen müssen, um die Existenzgrundlage ihrer verschiedenen (seelsorglich-spirituellen) Unternehmungen zu sichern und für die eigenen Mitglieder vorzusorgen. Auch erbringt – profan gesprochen – der Heilige Stuhl *Dienstleistungen*, an denen auch die Orden partizipieren. Aber eigentlich gehört zum geistlichen Fundament der Orden, daß nicht nur ihre Mitglieder bedürfnislos leben, sondern auch die Orden *als Gemeinschaft* nur das für die Subsistenz

Nötige besitzen. Folglich müßte alles, was darüber hinausgeht, selbstredend in seelsorgliche und diakonische Einrichtungen investiert werden.

Orden als Finanzierungserschließungsquelle für zentralkirchliche Dienstleistungen über das von den Orden selbst verursachte oder in Anspruch genommene Maß an Dienstleistungen hinaus, das will schon der Armutsverpflichtung der Orden wegen nicht recht passen. Im übrigen dürften die Ordenskurien in Rom schon wegen der recht *unterschiedlichen Organisationsstrukturen* angesichts des vatikanischen Begehrens in einige Verlegenheiten kommen. Selbst bei zentralistisch geleiteten Seelsorgsorden ist die finanzielle Autonomie der einzelnen Häuser um einiges größer, als gelegentlich angenommen wird. Und die Generaläbte der Mönchsorden können die Bitte aus der Wirtschaftspräfektur des Vatikans ohnehin nur an die einzelnen Abteien weitergeben.

Vielleicht ermannen sich – trotz manch begüterter Benediktiner- oder Zisterzienserabtei – also doch noch die Ortskirchen dazu, dem Vatikan bei der Finanzierung seiner amtskirchlichen Aufgaben ausreichend zu helfen. Möglicherweise lassen sich aber bei großzügiger Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, ohne daß die zentralkirchliche Hilfestellung den geschwächten Kirchen der Zweiten und den noch nicht genügend erstarkten Kirchen der Dritten Welt entzogen wird, doch auch manche zentralkirchlichen Zuständigkeiten weiter dezentralisieren, so daß trotz bereits praktizierter personeller Sparsamkeit die eine oder andere Planstelle sich zusätzlich erübrigt. Vielleicht läßt sich sogar beides verbinden: die größere Hilfsbereitschaft gegenüber Rom und die striktere Ausrichtung am Subsidiaritätsprinzip. Allerdings hat erst vor einiger Zeit ausgerechnet der Präfekt der Ordenskongregation, Kardinal *Jérôme Hamer*, vehement bestritten, daß sich das genannte Prinzip auf die Kirche überhaupt anwenden lasse, obwohl bekanntlich bereits Pius XII. – gewiß kein Dezentralist – anderer Meinung war. *se*